



Liebe Leserinnen und Leser,

gestern Abend haben wir in unserer Fraktionssitzung Ralph Brinkhaus zum neuen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Brinkhaus hat sich mit 125 von 239 abgegebenen Stimmen (52,7 Prozent) gegen Volker Kauder, der in die vergangenen 13 Jahre Vorsitzender unserer Fraktion war, durchgesetzt. Es war die erste Wahl seit 1973, bei der mehr als ein Kandidat für das Amt des Vorsitzenden zur Wahl stand. Fast auf den Tag genau ein Jahr nach der Bundestagswahl ist es übliche Praxis, dass der Vorsitzende der Fraktion für den Rest der Legislaturperiode gewählt wird.

Im Parlament beraten wir in dieser Woche unter anderem das Pflegepersonalstärkungsgesetz mit dem zukünftig zusätzliche und aufgestockte Pflegestellen finanziert werden. Davon werden auch die Krankenhäuser in Oberberg profitieren können.

I. Die politische Lage in Deutschland

Koalition muss Vertrauen zurückgewinnen.

Es ist gut, dass die drei Parteivorsitzenden am Sonntag eine Verständigung über die Zukunft des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz erzielt haben, welche die Bedenken von vielen Bürgerinnen und Bürgern aufnimmt.

Damit können wir uns in der Koalition nun endlich wieder auf die wichtigen Themen konzentrieren. Es gilt, verlorenes Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Die Menschen müssen spüren, dass es um sie geht. Dazu müssen wir auch die Zusammenarbeit in der Koalition verbessern. Die Koalition muss in einen neuen Arbeitsmodus kommen. Wir haben in den ersten Monaten der Koalition einiges erreicht. Das Erreichte darf aber nicht von unnötigen Diskussionen immer wieder überlagert werden.

Wir sollten alles daransetzen, den Herbst zu nutzen, um mit Hochdruck im Deutschen Bundestag zu Entscheidungen zu kommen. Die Verbesserungen in der Pflege, bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und die Stärkung der Rente sind gerade unserer Bundestagsfraktion wichtig. Es muss ein Herbst der konkreten Fortschritte für die Bürgerinnen und Bürger werden. Dazu zählen auch das Gute-Kita-Gesetz und das Familienentlastungsgesetz, durch das Familien im nächsten Jahr mehr Geld zur Verfügung haben. Wir wollen zudem das Problem fehlender Fachkräfte umfassend angehen, eine Strategie entwickeln und als ersten Baustein ein kluges Fachkräftezuwanderungsgesetz auf den Weg bringen.

Wir als Unionsfraktion werden zudem noch Maßnahmen zum Schutz der Bürger und zur Stärkung des Rechtsstaats durchsetzen. Unser Staat ist schon stark, er muss aber gerade gegenüber kriminellen Clans und Extremisten von Rechts und Links durchsetzungsfähiger werden.

Beim Diesel endlich zu Lösung kommen.

Am Wochenende hat im Bundeskanzleramt ein Treffen der Bundesregierung mit Vertretern der deutschen Automobilunternehmen stattgefunden, um über die Dieselproblematik zu beraten. Unsere Ziele sind klar: Wir können die Dieselbesitzer nicht allein lassen. Wir wollen Fahrverbote in den Innenstädten vermeiden. Wir wollen, dass die Automobilhersteller ihren Teil der Verantwortung tragen. Wir stehen zur Automobilindustrie in unserem Land. Allerdings sollte die Branche insgesamt verbraucherorientierter auftreten. Das gilt vor allem für die Hersteller, denen Abgasmanipulationen zur Last gelegt werden.

Es gibt für die Bundesregierung und die Koalition nach wie vor keine einfache Lösung. Es muss klug abgewogen werden, wie das Maßnahmenpaket aussehen soll. Aber klar ist auch: Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern eine Antwort auf ihre Fragen geben. Und dabei ist vor allem die Autobranche am Zug.

Die vieldiskutierte Hardware-Nachrüstung ist übrigens auch keine Patentlösung, auch wenn unser Koalitionspartner dies gern so sieht. Viele Fahrzeuge sind schlicht nicht nachrüstbar. Zur Klärung dieser Fragen und zur Erarbeitung eines Lösungskonzepts laufen diese Woche viele Gespräche innerhalb der Bundesregierung und Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer spricht mit der Automobilindustrie. Am kommenden Montag wird sich der Koalitionsausschuss damit befassen.

Grundgesetzänderung für Schulen und für den sozialen Wohnungsbau.

Zu den zentralen Zielen der großen Koalition gehören die bessere Ausstattung der Schulen, die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Da diese Bereiche Länderaufgaben sind, bedürfen die vorgesehenen Finanzhilfen des Bundes Grundgesetzänderungen. Der Union fällt dieser Schritt nicht leicht, weil unser föderales System von klaren Verantwortlichkeiten lebt. Aber wir wollen das Leben der Bürgerinnen und Bürger verbessern und es ist offensichtlich, dass Fortschritte auf diesen Gebieten nicht weiter auf sich warten lassen dürfen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Bund künftig Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastruktur bundesweit fördern darf, d.h. nicht nur für finanzschwache Kommunen. Im Bereich des sozialen Wohnungsbaus ist für den Bund die Möglichkeit vorgesehen, zweckgebundene Finanzhilfen für gesamtstaatlich bedeutsame Investitionen zu gewähren. Überdies ist vorgesehen, die Möglichkeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs zu erweitern und Planfeststellung sowie -genehmigung der Bundesfernstraßenverwaltung verfassungsrechtlich abzusichern.

Wir brauchen im Bundestag und Bundesrat auch die Stimmen von FDP und Grünen – dabei stehen uns schwierige Verhandlungen bevor. Dabei ist klar, dass schon die in der Koalition vereinbarten Grundgesetzänderungen für uns zum Teil schwierige Kompromisse sind.

II. Wahl zum Fraktionsvorsitz

Wir haben in der gestrigen Fraktionssitzung einen neuen Vorsitzenden für die CDU/CSU Bundestagsfraktion gewählt. Ralph Brinkhaus erhielt 125 der 239 abgegebenen Stimmen. Zu allererst danken wir Volker Kauder für die geleistete Arbeit der letzten 13 Jahre. Allerdings brauchen wir aber nun einen Aufbruch in der Fraktion. Unsere Entscheidung für Ralph Brinkhaus als Fraktionsvorsitzender ist keine Entscheidung gegen die Bundeskanzlerin. Es ist vielmehr die konsequente Fortsetzung des Neuanfangs, der im Kabinett mit den Bundesministern Julia Klöckner, Anja Karliczek und Jens Spahn sowie in der Partei mit Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer begonnen wurde. Wir wollen die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlerin fortsetzen und dabei als starke und selbstbewusst auftretende CDU/CSU-Fraktion eigene Akzente setzen.

Ich selbst habe Ralph Brinkhaus als bodenständigen und gradlinigen Politiker sowie ausgesprochen klugen Kopf kennengelernt. Er ist ein ausgewiesener finanz-, haushalts- und wirtschaftspolitischer Experte, ein brillanter Redner und Mensch mit Führungsqualitäten. Die Wahl von Ralph Brinkhaus ist ein Signal der Erneuerung in der CDU/CSU-Fraktion und in den Schwesterparteien. Auch unsere Bundeskanzlerin und die gesamte Regierung werden von dieser Wahl profitieren.

III. Die Woche im Parlament

Pflegepersonalstärkungsgesetz (Pflegepersonal-Stärkungsgesetz – PpSG). Wir beraten in erster Lesung eine Initiative der Bundesregierung zur Stärkung des Pflegepersonals. Für den Krankenhausbereich soll künftig jede zusätzliche und jede aufgestockte Pflegestelle finanziert werden. Gleichzeitig sollen künftige Tarifsteigerungen refinanziert und eine separate Pflegepersonalkostenvergütung eingeführt werden. Ab dem Jahr 2019 steht ein Finanzvolumen von bis zu 4 Milliarden Euro für den Ausbau des Krankenhausstrukturfonds bereit, mit dem wichtige Strukturentscheidungen unterstützt werden können. Darüber hinaus sieht der Gesetzesentwurf die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Krankenhäusern vor. Im Bereich der Altenpflege ist die Schaffung 13.000 neuer Stellen vorgesehen. Weiterhin sind Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie geplant sowie eine verbesserte Kommunikation zwischen Ärzten und Pflegeheimen.

Drittes Gesetz zur Änderung des Asylgesetzes. Wir beraten in erster Lesung einen Gesetzesentwurf, der künftig Schutzsuchende zur Mitwirkung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren verpflichtet. Bisher bestanden diese Pflichten etwa zur Vorlage eines Passes oder Passersatzes sowie die Duldung einer erkennungsdienstlichen Behandlung nur im ursprünglichen Antragsverfahren. Wird diese Mitwirkungspflicht in dem spätestens drei Jahre nach der Flüchtlingsanerkennung durchzuführenden Widerrufsverfahren verletzt, soll das BAMF entweder Verwaltungszwang ausüben oder nach Aktenlage entscheiden können. Das Gesetz trägt dazu bei, Widerrufs- und Rücknahmeverfahren in Asylsachen effektiver zu bearbeiten.

Gesetz zur Weiterentwicklung des Teilzeitrechts – Einführung einer Brückenteilzeit. Wir beraten in erster Lesung einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer zeitlich begrenzten Teilzeitarbeit (Brückenteilzeit). Unter bestimmten Voraussetzungen, unter anderem einer Betriebsgröße von mehr als 45 Beschäftigten und einer eigenen Betriebsangehörigkeit von mehr als sechs Monaten, sollen Arbeitnehmer in Zukunft verlangen können, dass ihre vertraglich vereinbarte Arbeitszeit für einen im Voraus zu bestimmenden Zeitraum verringert wird. Dieser Anspruch ist nicht an das Vorliegen bestimmter Gründe wie die Kindererziehung gebunden.

Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich. Wir beraten in erster Lesung einen Gesetzesentwurf zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Ziel ist es, die Prozesse effizienter zu gestalten sowie deren Transparenz und Digitalisierung zu fördern, um so wichtige Verkehrsvorhaben rascher umsetzen zu können. Unter bestimmten Voraussetzungen sollen Bauvorhabenträger etwa künftig bereits vor Erteilung der Genehmigung mit vorbereitenden Maßnahmen beginnen dürfen. Im Bereich der Schiene sollen unter anderem Anhörungs- und Planfeststellungsverfahren bei einer Stelle, dem Eisenbahn-Bundesamt, gebündelt werden.

Herzliche Grüße!
Carsten Brodesser

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters ist:

Dr. Carsten Brodesser MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: +49 30 / 227 – 71401

Fax: +49 30 / 227 – 76301

carsten.brodesser@bundestag.de

www.carsten-brodesser.de

www.facebook.com/dr.carsten.brodesser